Kirche: Islam hat „viel Anlass zur Selbstkritik“

30. März 2016

Berlin (KNA) Nach den Brüsseler Anschlägen sieht der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich-Bedford-Strohm, im Islam einen großen Bedarf an Selbstkritik. „Besonders viel Anlass zur kritischen und selbstkritischen Betrachtung gibt derzeit der Islam, weil von der Berufung auf ihn sehr viel Gewalt ausgeht“, sagte der oberste Repräsentant der Evangelischen Kirche am Freitag im Interview der „Welt“.

Jede Religion müsse sich derzeit allerdings „selbstkritisch mit den Heiligen Schriften auseinandersetzen“, fügte der bayerische Landesbischof hinzu. Dies gelte auch für das Christentum, das „mancher aggressiv zu nutzen“ versuche. Doch hätten „Terror und Gewalt, auch wenn sie noch so sehr mit Religion legitimiert werden, überhaupt nichts mit dem Willen Gottes zu tun“, sagte Bedford-Strohm. Es mache ihn „zornig, wenn sich Terroristen auf Gott berufen“. Terrorismus im Namen der Religion sei „Gotteslästerung“.

Mit Blick auf die Flüchtlingskrise zeigte sich Bedford-Strohm sehr skeptisch gegenüber dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei. Er könne das Abkommen nur akzeptieren, „wenn zwei entscheidende Punkte erfüllt“ seien: Erstens müsse es für Flüchtlinge, die mit Schleusern nach Griechenland kommen und in die Türkei zurückgebracht werden sollen, vor der Rückführung „eine rechtsstaatliche Prüfung ihrer individuellen Asylberechtigung geben“. Zweitens müsse man bei einer Sperrung der Schleuser-Routen „legale Fluchtmöglichkeiten in Form von Kontingenten schaffen“. Hiervon hänge ab, „ob das Abkommen unsere humanitären und rechtsstaatlichen Standards einlösen“ könne, sagte Bedford-Strohm.

Allerdings dürfe nicht allein Deutschland jene Flüchtlinge aufnehmen: „Es können ja nicht alle bedrohten Menschen zu uns kommen.“ Daher seien „auch die anderen EU-Staaten gefordert, weil wir die Pflicht haben, verfolgte Menschen in Sicherheit zu bringen“. Zugleich verteidigte Bedford-Strohm die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. „Bei einer gelingenden Integration“ könne es „viel Wirtschaftswachstum geben, das auch ärmeren Einheimischen zugutekommen“ werde. Außerdem werde von den Flüchtlingen „unser Rentensystem profitieren“.

(KNA – qknmp-89-00018)

Stand: 17. November 2026